

Die neun gravierendsten Irrtümer in der aktuellen Diskussion

Autor(en): **Baumann, Jakob / Grossmann, Christoph / Heller, Daniel**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **180 (2014)**

Heft 10

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-515498>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die neun gravierendsten Irrtümer in der aktuellen Diskussion

Das alte Europa wiegt sich in falscher Sicherheit. Seit Jahren sinken die Militärausgaben in Europa. Prognosen gehen davon aus, dass dieser Trend anhält. Dass sich die sicherheitspolitische Lage schlagartig ändern kann, führen uns im Moment die zahlreichen Konflikte an der Peripherie Europas vor Augen. Es stellt sich die Frage, ob die im Westen vorherrschende gegenwärtige Sicherheitspolitik nicht auf grundlegenden Irrtümern beruht. Auch die Schweizer Politik unterliegt diesen.

Jakob Baumann, Christoph Grossmann,
Daniel Heller

Irrtum 1: Die Welt werde laufend sicherer.

Sicherheitspolitischen Experten mahnen, dass die EU künftig wieder mehr für ihre eigene Sicherheit tun muss. Dies nicht nur, weil sich die USA primär auf den Pazifik neu ausrichten, sondern auch weil sich die Lage im europäischen Umfeld massgeblich verändert. Mittlerweile nagen etliche Konfliktherde an Europas Sicherheit: Der Sturz des libyschen Despoten Gaddafi führte zu einer verworrenen politischen Situation, gleiches gilt für das benachbarte Ägypten. Entgegen vieler Erwartungen schwelen die Konflikte weiter. Irak und Syrien stehen vor dem Zerfall. Auch bei Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges schätzten viele Kommentatoren – voll naiver Euphorie über den «Arabischen Frühling» – die Situation falsch ein. In der Hoffnung, das Volk würde den Despoten Assad stürzen und die Demokratie einführen, setzte der Westen einmal mehr auf das falsche Pferd. Eine Reaktion der europäischen Sicherheitspolitik blieb aus.

Der Westen wiegt sich in falscher Sicherheit

Mit dem Ukraine-Konflikt hat nun Europa die Vergangenheit definitiv eingeholt. Dabei können die halbherzigen Sanktionsdrohungen gegen Russland nicht kaschieren, dass Europa in seiner Schwäche kaum Optionen zur Verfügung stehen. Wegen einer verfehlten Energiepolitik hängen EU-Länder am Öl- und Gas-Tropf des «russischen Bären». Mit

ihrer kurzsichtigen «Energiewende» spielen Länder, die auf atomare Energiegewinnung verzichten und durch Öl- und Gasförderung ersetzen, in die Hände Putins.

Diese Konflikte haben das Potential, die globale Sicherheit zu destabilisieren, etwa infolge eines Einsatzes taktischer Massenvernichtungswaffen durch Islamisten. Vor diesem Hintergrund bergen die stark sinkenden Verteidigungsbudgets



Die Sicherheitspolitik muss mit Weitsicht betrieben werden und allen Eventualitäten gerecht werden.

Bild: VBS

der EU-Länder zweierlei Gefahren: Zum einen den Verlust von Fähigkeiten zur militärischen Verteidigung oder zu Interventionen, zum anderen die Ausnutzung dieser Schwäche durch Machtpolitiker. Von diesem Trend ist auch die Schweizer Sicherheitspolitik betroffen, jüngst anstehende Entscheide zur Weiterentwicklung der Armee führen das drastisch vor Augen.

Irrtum 2: Russland verfolge nur legitime Sicherheitsinteressen.

Europas Schwäche ist Russlands Stärke

Die Ereignisse in der Ukraine sind ein Fingerzeig, dass Europa an Bedeutung verliert, während Asien drauf und dran ist, dem Westen seine Vorreiterrolle streitig zu machen. Die Unruhen in der Ukraine

zeigen die noch immer primär imperial und nationalistisch geprägte Seite der russischen Aussenpolitik. Zunächst wurde die internationale Gemeinschaft mit der Besetzung der Krim vor vollendete Tatsachen gestellt. Unter dem Deckmantel der Befreiung und dem Schutz der russischstämmigen Bevölkerung droht nun auch der Osten der Ukraine an Russland zu fallen.

Selbst wenn in Europa noch ausreichende militärische Fähigkeiten zur Abschreckung machtgeriger Aggressionen vorhanden wären, reicht das nicht. Zu einem erfolgreichen Konter von illegitimen Machtansprüchen gehören einerseits der politischer Wille und andererseits ein innenpolitischer Konsens darüber, eine entschlossene Politik auch durchzusetzen. Beides ist in Putins Russland vorhanden, beides fehlt in Europa. Eine Europäische

Union, deren Mitglieder im Gefolge der Finanzkrise vorab mit sich selber beschäftigt sind, wird in absehbarer Zeit weder national noch international zu einer gemeinsamen und kohärenten Sicherheitspolitik finden.

Irrtum 3: Die Sicherheitspolitik habe sich fundamental gewandelt – die Rezepte von früher gälten heute nicht mehr.

Alle Eventualitäten sind zu berücksichtigen

Was uns in Zukunft erwarten wird und welchen Gefahren und Bedrohungen wir uns stellen müssen, kann niemand voraussagen. Oftmals kommen Krisensituationen und Konflikte unangekündigt. Die Geschichte lehrt uns dies: Wer hat 1985 die nur wenig später einsetzende Auflösung des Sowjetimperiums vorausgesehen? Wer hat 1989 den Ausbruch des Bürgerkrieges im Balkan vorausgesehen? Wer hat ernsthaft mit einem Attentat vom Ausmass des 11. Septembers 2001 gerechnet? Wer hat 2010 den Sturz Mubaraks oder Gaddafis erahnt und wer hat 2013 den Bürgerkrieg in der Ukraine vorhergese-

hen? Niemand! Daher hätten auch 2014 Regierungen allen Grund, sicherheitspolitisch Vorsicht walten zu lassen und die Militär- und Rüstungspolitik nicht einfach den Opportunitäten naiver zeitgenössischer Strömungen unterzuordnen.



Auch im 21. Jahrhundert muss die Armee die klassischen Verteidigungs-Kompetenzen aufrechterhalten. Bild: VBS

Unsere Schweizer Sicherheitspolitik hat mit Blick auf alle Eventualitäten das Erreichen der verfassungsmässigen Ziele sicherzustellen. Und diese Ziele sind unverändert gültig. Sie muss ihre Mittel und Fähigkeiten so definieren, dass sie in extremis Konfliktformen der gefährlichsten

Art entgegentreten kann. Das Fortführen der über Jahre stattgefundenen Vernachlässigung der Schweizer Armee ist vor diesem Hintergrund eine riskante Strategie.

Irrtum 4: Wir hätten die falsche Armee – heute würden Cyber War und asymmetrische Konflikte andere Mittel erforderlich machen.

Neuartige Bedrohungen ersetzen klassische Konflikte nicht

Dass in der heutigen Zeit Cyber War ein Thema ist, bestreitet kaum jemand. Die Annahme, dass primär noch Cyber-Attacken als Bedrohung für unser Land angesehen werden können, ist hingegen ein Fehlschluss. Wie wir heute wissen, bestand die Hoffnung auf eine friedlichere Welt nach dem Ende des Wettrüstens der Supermächte nur vorübergehend. Weil auch heute wieder kriegerische Konflikte rund um das eigene Land für viele als wenig plausibel erscheinen, wird die Möglichkeit solcher überhaupt verneint. Das ganze bildet dann die Rechtfertigung für die Verlagerung des Schwergewichts der

RGW 90 Family

*Recoilless Grenade Weapon 90 mm
HEAT/HESH • Anti Structure • Area Denial*



RGW 90 HH



RGW 90 AS



Designed for mission

www.dn-defence.com
info@dn-defence.com

Armee auf angeblich wahrscheinlichere Aufgaben eines nationalen Verbundes der Friedens-, Existenz- und Raumsicherung. Der gefährlichste Fall einer klassisch militärischen Verteidigung muss aber auch heute noch den Kern der Aufgabe unserer Streitkräfte bilden. Kann sie diesem Fall



Die Armee muss ihre Fähigkeiten und Kernkompetenzen erhalten und verbessern. Dies gelingt nur durch gezieltes Üben. Bild: VBS

begegnen, kann sie alles andere auch. Die Politik ist in der Verantwortung, für die Erfüllung dieser verfassungsmässig fixierten Staatsaufgabe genügend Mittel bereitzustellen.

Irrtum 5: Bei der Armee könne weiter verkleinert und gespart werden.

Sparkurs reisst in der Armee neue Fähigkeitslücken auf

Der aktuelle Auftrag an die Armee ist dreigliedrig: Verteidigung, Subsidiäre Einsätze zur Bewältigung existenzieller Gefahren, Beiträge zur Friedensförderung. Der jahrelange Sparkurs bei der Armee resultiert heute in massiven Fähigkeitslücken insbesondere im Bereich der Verteidigungskompetenz. Die Armee läuft Gefahr, nur noch eine Art Hilfspolizei zu werden. Streitkräfte, die zur Landesverteidigung fähig sein sollen, dürfen aber ein solides Mass an Kernfähigkeiten nicht verlieren, sonst werden sie als Instrument insgesamt untauglich und verlieren ihre Glaubwürdigkeit.

Der gültige Armeeauftrag, die verfassungsmässige Rahmenbedingung von Milizarmee und Wehrpflicht sowie die heute erkennbaren Fähigkeiten führen zu einem Finanzrahmen von mindestens fünf Milliarden Franken jährlich. Von anderen Staaten wissen wir, dass bei einer sich konkretisierenden Bedrohung das Budget sogar ein Mehrfaches dieser fünf Milliarden beträgt. Auch personell darf keine weitere Verkleinerung der Streitkräfte

mehr stattfinden. Da die Verteidigung eine langfristig zu erfüllende Funktion des Staates darstellt, sind ihr alle benötigten Ressourcen zu gewähren. Bundesrat und Parlament sollten nicht ständig verdrängen, dass sechs positive Volksentscheide seit 1990 einem klaren Auftrag an Bundesrat und Parlament gleichkommen, die Landesverteidigung endlich wieder auf feste Grundlagen zu stellen.

Irrtum 6: Panzer und Flugzeuge seien von gestern.

Die Schweizer Armee benötigt moderne Ausrüstung

Solange wir Streitkräfte haben, werden wir diese auf das gefährlichste Risiko eines konventionellen Konfliktes ausrichten müssen. Das beinhaltet eine Ausrüstung mit mechanisierten Kräften sowie einer modernen Luftwaffe. Die Wahrung der Lufthoheit ist der grundlegende Aufgabenbereich der Luftwaffe. Sie überwacht den Luftraum, signalisiert unsere Abwehrbereitschaft und kann rasch eingreifen. Ohne ihren Schutz in der Luft könnte die Armee am Boden weder aufmarschieren noch manövrieren. Dies gilt umso mehr, als die Verwundbarkeit aus der Luft gestiegen ist.

Nach dem Scheitern der Gripen-Beschaffung wäre es ein Unsinn, die alten Tiger nachzurüsten. Die nun stärker belasteten F/A-18 werden durch den Wegfall der Tiger ihre verbleibenden Flugstunden schneller verbraucht haben. Spätestens nach den Wahlen 2015 muss darum die Gesamterneuerung der Kampfflugzeugflotte angepackt werden. Zudem muss demnächst das ganze Boden-Luft-Verteidigungssystem erneuert und die Fähigkeit der luftgestützten Aufklärung und Überwachung durch eine moderne Drohne sichergestellt werden.

Auch gepanzerte Fahrzeuge werden weiterhin unentbehrlich bleiben. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die wirksamste Waffe gegen gepanzerte Fahrzeuge eben andere gepanzerte Fahrzeuge sind. Die Verschlebung und der Kampf ab gepanzertem Fahrzeug bleibt in Zonen mit echter Gefährdung die beste Option für die Einsatzfähigkeit der eigenen Truppe. Auch die Bedeutung der Artillerie darf nicht unterschätzt werden: Eine Armee, die das aktuelle Technologieniveau halten will, wird immer das weitreichende, präzise schwere Feuer der Artillerie brauchen. In der Wirkungsstanz spricht man nicht mehr von 20 Kilometern, sondern min-

destens von der doppelten Reichweite. Eine Revolution steht ebenso bei der Munition bevor. Die herkömmliche Munition wird ersetzt durch «intelligente» Geschosse, die ihr Ziel selber suchen.

Irrtum 7: Bei der Armee und bei teuren Beschaffungen müsse das Volk mitreden.

Kompetenz liegt bei Bundesrat und Parlament

Gemäss der geltenden Kompetenzordnung fallen Beschaffungsentscheide für unsere Armee in die Kompetenz des Bundesrates und des Parlamentes. Ein Rüstungsreferendum hat das Schweizer Volk klar abgelehnt. Vor diesem Hintergrund ist der Entscheid, die Gripen – Beschaffung mit einer gesetzesbasierten Fondlösung referendumsfähig zu machen, zu kritisieren. Bundesrat und Parlament haben das Recht und die Pflicht, derartige Beschaffungen in alleiniger Kompetenz durchzuführen. Die Mittel der Volksinitiative und des Referendums werden von Armeegegnern missbraucht, um diese Tatsachen zu umgehen. Sie fordern, das Volk müsse bei Armeebeschaffungen mitreden. Solche Entscheide sind jedoch oftmals komplizierter Natur, bedingen hohen Sachverstand und eine objektive Haltung.

Das gegenwärtige Vorgehen bei der Planung und Beschaffung von Armeegütern ist nicht länger geeignet, um den Bedürfnissen der Armee gerecht zu werden. Künftig sollten Beschaffungsprozesse in einer mehrjährigen Planung im Rahmen von durch das Parlament mittels Rahmenkrediten abgesicherten neuen Verfahren ablaufen. Ebenso gilt: Die Definition der richtigen Sicherheitspolitik für die Schweiz ist ein Akt der politischen Planung, welcher durch die staatsleitenden Bundesbehörden zu verantworten ist. Daraus folgt, dass der Bundesrat dem Parlament mehr Mitwirkungsrechte bei der Definition der Sicherheitspolitik gewähren muss; das kann beispielsweise auch mit einer höheren Kadenz der Updates zu den Sicherheitspolitischen Berichten erfolgen. Gleichzeitig bewirkt dieses Mitbestimmungsrecht eine stärkere Einbindung des Parlaments in die strategische Ausrichtung der Schweizer Sicherheitspolitik.

Irrtum 8: Mit unserer Armee stehe es immer noch zum Besten; die Experten in Bern würden sie laufend entwickeln und verbessern.

«Weiterentwicklung der Armee» droht alte Fehler zu wiederholen

Die von der Verfassung geforderte und im Sicherheitspolitischen Bericht 2010 formulierte Landesverteidigungs-Strategie kann mit den geplanten Streitkräften kaum mehr erfüllt werden. Unsere Streitkräfte müssen dreifach wirken. Mögliche Bedrohungen sollen gar nicht erst entstehen können; falls sie sich doch entwickeln, ist ein Übergreifen auf die Schweiz durch Präsenz abzuwehren; falls alles nichts nützt, ist die Gefahr durch die physische Austragung des Konfliktes abzuwenden. Dafür braucht die Schweiz ein flexibles, kompetentes und ausreichend ausgerüstetes Machtmittel. Das Spektrum an Fähigkeiten umfasst, dass die grossen Verbände das Gefecht der verbundenen Waffen und die Zusammenarbeit kombinierter Einsatzkräfte beherrschen müssen. Dazu bedarf es ständig aufrecht zu erhaltender Organisationsstrukturen. Entscheidend für die Tauglichkeit von Streitkräften sind die militärischen Fähigkeiten, die in verlangter Qualität und Quantität über bestimmte Zeiträume verfügbar gemacht werden können. In diesem Sinne ist die VBS-Begrifflichkeit verfehlt: «Leistungsprofil» ist in der laufenden Armee reform «Weiterentwicklung der Armee» (WEA) durch «Fähigkeiten» zu ersetzen. Der Begriff «Fähigkeiten» impliziert nicht nur «wissen, wie man es machen würde», sondern sein Handwerk beherrschen! Alle Ausbildungstätigkeiten der Armee müssen auf Übungen zur Bewältigung komplexer Operationen ausgerichtet werden. Der Erhalt der sogenannten Verteidigungskompetenz ist sicherzustellen, indem in Übungen und Manövern die Bewältigung komplexer Szenarien über das ganze Bedrohungsspektrum trainiert wird.

Irrtum 9: Die Weiterentwicklung der Armee (WEA) sei auf Kurs.

Fehlender Konsens gefährdet Armee reform

In den vergangenen zwei Jahrzehnten jagte eine Armee reform die andere. Angefangen mit der Armee 95, gefolgt durch die Armee XXI, verschlimmbessert durch den Entwicklungsschritt 08/11, landet man schliesslich bei der WEA – eine Reform, mit der vieles, was vorher falsch gelaufen ist, wieder zurechtgebogen werden soll und grundsätzlich in die richtige

Richtung zeigt. Allerdings wird bei der WEA der nicht mehr vorhandene politische Konsens zwischen den verschiedenen politischen Gruppierungen deutlich spürbar. In die Quere geraten wird der WEA sodann der erneut verschobene Sicherheitspolitische Bericht. Ohne in diesem eine klare und von Konsens getragene Strategie zu kennen, werden manche Politiker zögern, für eine neue Ausrichtung der Armee Hand zu bieten. Zudem werden die Kantone nicht zögern, ihre Partikularinteressen anzubringen.

Noch ist es aber nicht zu spät. Es braucht konkrete Beschreibungen der zu erhaltenden Fähigkeiten, der zu erreichenden Leistungen und der dafür notwendigen Kompetenzen. Es braucht eine überzeugende Beschreibung der Einsatzdoktrin, Struktur, Organisation und materielle Ausstattung. Es braucht des Weiteren zahlreiche materielle Anpassungen im Ausbildungskonzept. Beim Ziehen der richtigen Schlussfolgerungen für unsere Armee erwarten wir weniger Opportunismus sowie weniger Regional- und weniger Parteipolitik zu Gunsten einer effektiven und effizienten Armee, die von ihrer Bevölkerung getragen und von industriellen Fähigkeiten gestützt wird. Dass der Bundesrat für 2017 bis 2020 einen Kreditrahmen von 19,5 Milliarden vorgibt, wird begrüsst. Jetzt stehen die Parlamentarier in der Verantwortung; viele militärpolitische Gesellschaften und Vereine haben ihre Sicht wiederholt verdeutlicht. Eigentlich müsste das reichen, um die Vorlage auf den richtigen Weg zu bringen. Im Zweifel muss die Sicherheit vorgehen, weil es um die Bürger geht. ■

Mehr unter www.vsww.ch



Divisionär a D
Jakob Baumann
1185 Mont-sur-Rolle



Oberst i Gst
Christoph Grossmann
Dr. oec. HSG
8303 Bassersdorf



Oberst i Gst
Daniel Heller
Dr. phil. I
5018 Erlinsbach

Das Wort des CdA

Aufbruch!

Geschätzte Leserinnen und Leser der ASMZ



Haben Sie die AIR14 erleben können? Für mich waren diese Tage in Payerne wirklich begeistert. Die Luftwaffe hat mit namhafter Unterstützung der übrigen Armee einen gelungenen Anlass organisiert und die Zusammenarbeit mit vielen in- und ausländischen Partnern konnte geschult werden. Vom Geniebataillon, welches die Bahnhoperrons verlängerte, über die Sanität und Logistik, bis hin zur Führungsunterstützung war die ganze Armee in allen ihren Facetten aktiv beteiligt. Gemeinsam mit den zwei betroffenen Polizeikorps und vielen weiteren zivilen Stellen sowie dem Zivilschutz haben wir nicht nur die Jubiläen unserer Luftwaffe gefeiert, sondern damit auch gleichzeitig den Einsatz im Verbund geschult. Allen Beteiligten einen herzlichen Dank für Ihr Engagement – merci auch den Zuschauerinnen und Zuschauern!

Zu diesem freudigen Anlass gesellen sich – inhaltlich noch viel wichtiger – die Bundesratsbeschlüsse vom 3. September. Mit diesen Beschlüssen hat der Bundesrat die Botschaft zur Weiterentwicklung der Armee inklusive des Budgetrahmens von 19,5 Mia. CHF für vier Jahre ab 2017 genehmigt und an das Parlament überwiesen. Bezüglich Kampfflugzeuge sieht der Bundesrat eine Neuevaluation gegen Ende des Jahrzehnts vor, damit eine Einführung um 2025 möglich wird. In seinem Bericht zur Sicherung des Luftraums geht der Bundesrat von einem gesamtheitlichen Ansatz der Luftverteidigung aus, der neben Flugzeugen auch Drohnen, Flugabwehr und Transportkapazitäten beinhaltet. Um die vorhandenen finanziellen Mittel gezielt einzusetzen, wird ein Upgrade des F/A-18, nicht aber des veralteten Tiger F-5 in Betracht gezogen. Alle diese Beschlüsse freuen mich sehr und sind ein gutes Zeichen. Ich danke Ihnen allen für Ihre Mitarbeit. Die nun bevorstehende Debatte im Parlamente gibt uns weiterhin die Möglichkeit, auf die Bedeutung von Sicherheit aufmerksam zu machen und die geplante Weiterentwicklung zu erklären. Das Weltgeschehen zeigt uns deutlich, dass Sicherheit nicht selbstverständlich ist und wir gut daran tun, unsere Milizarmee täglich zu verbessern.

Korpskommandant André Blattmann
Chef der Armee